

V0321/22

Integriertes Klimaschutzkonzept Ingolstadt (IKSK)
(Referentin: Bürgermeisterin Petra Kleine)

Stadtrat vom 02.06.2022

Der Antrag der Verwaltung V0321/22, der Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0425/22, der Änderungsantrag der ödp-Stadtratsfraktion V0455/22 und der Ergänzungsantrag der Stadtratsgruppe Die Linke V0470/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Bürgermeisterin Kleine bezieht sich auf die soeben dargestellte Situation in Burkina Faso. Das Land sei natürlich von den Auswirkungen des Klimawandels jetzt schon ganz anders betroffen als Deutschland und deshalb erschwere dies die Situation in dem Land deutlich. Aus diesem Grund müsse einmal mehr beim Thema Klimaschutzkonzept Ingolstadt global gedacht und lokal gehandelt werden. Heute werde in Ingolstadt festgelegt, welches Ziel für Klimaneutralität aufgrund der Datenlage, die im letzten Jahr erstellt worden sei, und in vernünftiger Abwägung der Herausforderungen, Chancen und Ziele, vorgeschlagen werde. Das bestehende Klimaschutzziel, neutral bis zum Jahr 2050, könne aus verschiedenen gesetzlichen Gründen nicht eingehalten werden. Anhand einer Power-Point-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist und die per Mail vorab an die Mitglieder des Stadtrates verteilt wurde) stellt Bürgermeisterin Kleine dar, warum und wie das Ziel 2035 erreicht werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bittet aufgrund der Regularien, ein im Saal gezeigtes Transparent wieder einzurollen.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Botschaft angekommen sei. Es habe sich in den letzten zwei Gremiumsberatungen zum Klimaschutzziel abgezeichnet, dass, vorbehaltlich des heutigen Votums in Ingolstadt mit aller Kraft versucht werde, das Ziel 2035 zu erreichen. Sie halte es für möglich, dass Ingolstadt als starker Wissenschaftsstandort, als Mobilitätsstandort und als Standort, der viele Bürgerbeteiligungen durchführe, dieses Ziel auch erreichen könne. Anhand der Power-Point-Präsentation schildert Bürgermeisterin Kleine die Datenlage mit dem hohen Anteil der Treibhausgasemissionen. In den Beratungen im vergangenen Jahr habe man sich auf zwei Klimaszenarien fokussiert, die als Stadtratsanträge von der CSU-Stadtratsfraktion und von der Stadtratsgruppe Die Linke vorlägen. Die Ergebnisse lägen in den Klimaschutzkonzepten vor und seien auch besprochen worden. Beide Szenarien basierten darauf, den Energieverbrauch in allen Sektoren drastisch zu senken, indem die Effizienz erhöht werde und 100 % erneuerbare Energien geschaffen würden. Folie 5 zeige die verschiedenen Handlungsfelder. Es handle sich um einen Prozess, der sich über etwa 15 Jahre erstrecken solle, beeinflusst natürlich von Entwicklungen in der Wirtschaft, Innovationen, Regierungswechseln und Krisen. Es seien Meilensteine, eine sog. Roadmap, gewünscht worden mit dem Ergebnis, dass 2019 mit Emissionen von 1.700.000 t gestartet werde und man im Jahr 2035 bei ungefähr 125.000 t lande. Dazwischen lägen nach Aussage von Bürgermeisterin Kleine mehrere städtische Haushalte und mehrere Beratungen, welche Maßnahmen aus den vier Handlungsfeldern die sinnvollsten seien. Dabei gebe es natürlich Reifungsprozesse und immer wieder Rückfälle und Schleifen. Die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt gehe hoffentlich dahin, dass innerhalb der nächsten Generationen mehr Fachkräfte ausgebildet würden und das

Handwerk wieder an Boden gewinne und endlich die Wertschätzung bekomme, die es verdiene. Diese Entwicklung werde gebraucht. Bürgermeisterin Kleine weist auf die Einflussbereiche hin (Folie 6), die die Stadt Ingolstadt als Kommune habe. Etwa 20 % könnten durch kommunales Handeln beeinflusst werden. Viele Maßnahmen würden heute beschlossen werden. Zusätzlich brauche es Beratung, Motivation und Aktivierung der Bevölkerung. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, die Wissenschaft, alle müssten aktiv ins Boot geholt werden und diesen Prozess begleiten und als gemeinsame Herausforderung begreifen. Nächster großer Punkt neben der Energie- und der Verkehrswende sei die Wärmewende (Folie 9). Hier werde die Unterstützung vom Bund gebraucht. Für Ingolstadt sei ein hoher Anteil an Fern- und Nahwärme wichtig, d. h. die Stadtwerke müssten unbedingt als aktiver, starker Partner beteiligt werden. Die Ziele beim Handlungsfeld Mobilität und Verkehr würden im Sustainable Urban Mobility Plan, also der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes, festgelegt und diskutiert. Das grobe Ziel sei es, den Umweltverbund von jetzt etwa 40 % Anteil am Modal Split auf 60 % zu bekommen. Der Energienutzungsplan sei in Vorbereitung (Folie 13), führt Bürgermeisterin Kleine weiter fort. Sowohl das Potential für Windenergie als auch für Biogas würden in die Überprüfung mitgenommen. Ob die geänderten Rahmenbedingungen zu einer Breitenwirkung führten, sei nicht bekannt. Eine Überprüfung von städtischen Flächen außerhalb des Stadtgebietes werde angedacht. Beim nächsten Punkt „Verstetigung und Controlling“ sei eine Fortschreibung und Evaluierung der Daten der Treibhausbilanz alle zwei Jahre vorgeschlagen worden. Der Wunsch einiger Fraktionen sei es gewesen, doch in halbjährlichen Abständen dies vorzulegen. Die Treibhausgasbilanz greife immer auf die Daten des vorletzten Jahres zurück. Das bedeute bei einem Beginn der Evaluation im nächsten Jahr mit den Daten aus dem Jahr 2021, dass auf den IST-Zustand zurückgegriffen werden könne. Deshalb bittet Bürgermeisterin Kleine darum, ihrem Vorschlag, alle zwei Jahre, zunächst für vier Jahre, eine Evaluierung der Treibhausgasbilanz, jedes Jahr einen Fortschrittsbericht und auch alle zwei Jahre einen ausführlichen Klimaschutz- und Klimaanpassungsbericht vorzulegen, zuzustimmen. Sie schlägt zusätzlich vor, deutlich stärker an der Digitalisierungsstrategie der Stadt zu arbeiten. Dazu gehöre eine Dateninfrastruktur, die bestehende Prozesse durch eine brauchbare Datenlage aufzeige. Um die u. a. auch vom Jugendparlament und vom Klimaentscheid eingeforderten Verbindlichkeiten herstellen zu können, seien Stadtratsbeschlüsse und Haushaltsansätze nötig und nachvollziehbare Maßnahmen mit den entsprechenden Auswirkungen. Der Klimarat wäre ein Instrument der Verbindlichkeit, ebenso der Klimacheck und natürlich die gerade beschriebenen Berichte. Ab Seite 15 und den weiteren drei Seiten der Präsentation erörtert Bürgermeisterin Kleine die momentan laufenden Projekte und den zeitlichen Ablauf der weiteren Maßnahmen. Abschließend stellt Bürgermeisterin Kleine fest, dass sie denke, dass das Ziel „Klimaneutralität Ingolstadt 2035“ einem Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Mobilitätsstandort und einer jungen Stadt Ingolstadt wirklich guttun würde.

Stadtrat Achhammer zeigt auf, dass das Thema bereits ausführlich im Planungsausschuss diskutiert worden sei. Gerade im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag der FDP/JU müsse aber auf einige Punkte noch eingegangen werden. Da Stadtrat Achhammer Änderungen vorschlagen werde bzw. bei einigen Punkten des Antrages der FDP/JU mitgehen werde, bittet er vorweg schon um getrennte Abstimmung. Es sei nichts Neues, dass die Notwendigkeit von Klimaschutzzielen nicht nur für Ingolstadt präsent sei, sondern alle Menschen betreffe. Das vorgelegte Konzept werde zur Kenntnis genommen, aber es gebe auch viele Unwägbarkeiten und viele Situationen, die das Leben beeinflussten, wie z. B. der Krieg in der Ukraine oder die Inflation und die Rezession. Die CSU-Stadtratsfraktion wolle mitarbeiten, das Ziel 2035 zu erreichen und werde deshalb dem Änderungsantrag der FDP/JU nicht folgen. Bei den Handlungsfeldern sei man sich einig, glaubt Stadtrat Achhammer. Durch die Vorgaben des Bundesgesetzgebers und auch durch die entsprechenden Publikationen sei es ein umfassendes Gebot, in welchen Bereichen angesetzt werden müsse. Das sei im Klimakonzept auch gut herausgearbeitet worden, nur müsse man seiner Ansicht nach flexibel sein, um das Ziel erreichen zu wollen. Dazu seien immer wieder Treffen in den nächsten Jahren nötig. Die Probleme, die Ingolstadt in den

Handlungsfeldern hätten, seien deutlich zu sehen. Bei der Gebäudesanierung von einem Standard von 1 % der Sanierungen auf 3,9 % zu kommen sei äußerst schwierig, z. B. durch Material- oder Personalknappheit oder durch Preiserhöhungen. Bei Ziffer 3 der Verwaltungsvorlage würde die CSU-Stadtratsfraktion also mitgehen, eben mit der nötigen Flexibilität, die in allen Bereichen stattfinden müsse. Nicht mitgehen könne seine Fraktion zum Beispiel bei der Neuausweisung von Baugebieten, die in dem Konzept nicht mehr möglich sei. So könne es nicht sein, dass nur noch bebaut werden könne, wenn ein altes Gebäude abgerissen werde. Auch nicht zustimmen könne man bei den Bussen, die nicht ersetzt werden könnten, weil sie nicht klimaneutral unterwegs seien. So werde es Punkt für Punkt bei den einzelnen Handlungsfeldern immer wieder etwas geben, das geändert werden müsse oder wo nachgedacht werden müsse. Entsprechend dem Vorschlag der FDP/JU regt Stadtrat Achhammer an, diesem nachzugehen und eine Tochtergesellschaft zu gründen. Auch seine Fraktion würde diesen Vorschlag begrüßen. So könne effektiver auf das Ganze reagiert werden, da manche Punkte rasch und deutlich abgehandelt werden müssten. Er bittet darum, bei diesem Antrag mitzugehen. Bei Ziffer 6 bis 9 der Verwaltungsvorlage könne ohne Probleme mitgegangen werden. Es sei zwar nicht direkt das Controlling und die Evaluation angesprochen, aber er würde darauf bestehen und fordern, dass man bei dem bleibe, was bereits im Vorfeld kommuniziert worden sei: Halbjährliche Bilanz über konkrete Projekte im Planungsausschuss, um aufzuzeigen, was für die Klimaneutralität getan worden sei, ohne direkte Auswirkungen auf die Treibhausmissionen. Das könne dann sicherlich alle zwei Jahre erfolgen.

Stadtrat Dr. Meyer legt dar, dass die Klimaneutralität eine gigantische Aufgabe sei, die nicht zur Disposition stehe. Natürlich müsse schon gesehen werden, dass die Dekarbonisierung unseres kompletten Wirtschafts- und Lebensmodells alle extrem fordere. Kritisch hingewiesen werde aber aus Sicht der Ausschussgemeinschaft FDP/JU auf den ersichtlichen Widerspruch zwischen Ziel und Fahrplan. Stadtrat Dr. Meyer glaubt, dass uns künftige Generationen gar nicht so sehr an der Zahl messen würden, sondern daran, ob gute, verlässliche, zielführende Maßnahmen in Ingolstadt, Bayern und Deutschland in die Wege geleitet worden seien. Auf diesen Widerspruch zwischen Zielen und Fahrplan habe die Ausschussgemeinschaft hingewiesen und Änderungsvorschläge eingearbeitet, vor allem im Bereich Energie- und Gebäudetechnik. Im IKS-Konzept spiele zum Beispiel das Thema Erdwärme keine Rolle und komme als Maßnahmenprojekt nicht vor. Mit dem Antrag zur kalten Nahwärme habe die Ausschussgemeinschaft letztes Jahr bereits einen Vorschlag eingebracht. Beim Baugebiet in Etting sei das aufgrund der Bodenbeschaffenheit nicht möglich gewesen, aber trotzdem müssten zeitnah und schneller die Planungen aufgenommen werden. Besonders aufgefallen sei ihm der Bereich Solar, so Stadtrat Dr. Meyer. Die Prüfung der räumlichen Verfügbarkeit und auch der Wirtschaftlichkeit gehe ihm bei den im Klimakonzept genannten 270.000 t CO₂-Einsparpotential in Ingolstadt ab. Es müsse doch bei der Zielsetzung eine Rolle spielen, wie viel Potential an Flächen man überhaupt habe. Auch die Agro-Photovoltaik hätte die Ausschussgemeinschaft gerne im Konzept gesehen, auch wenn es noch nicht so weit sei. Dies sei bereits im Osterpaket des Bundeswirtschaftsministers enthalten, aber noch nicht fest verankert. Dafür gebe es Bonuszahlungen. Man müsse sich zeitnah mit diesen Optionen, die der Bund biete, auseinandersetzen und so schnell wie möglich annehmen. Das gleiche gelte übrigens für die Parkplatzphotovoltaik, die auch im Osterpaket enthalten sei. Wichtig sei Stadtrat Dr. Meyer auch die Idee von Herrn Habeck, dass Bürgerenergiegesellschaften deutlich stärker gefördert und von Anfang an in die Planung aufgenommen werden müssten. Auch das fehle leider im Ingolstädter Konzept. Die Tochtergesellschaft, für die Stadtrat Achhammer auch plädiert habe und die von der Ausschussgemeinschaft vorgeschlagen worden sei, wäre der richtige Treiber, um solche Bürgerenergiegesellschaften ins Leben zu rufen, um hier schnelle Fortschritte zu erreichen. Der Bund gehe voran und seine Ausschussgemeinschaft würde sich wünschen, so Stadtrat Dr. Meyer, dass die Stadtverwaltung und der Stadtrat diese politischen Rahmensetzungen, die der Bund biete, auch schnell und gut umsetzen. Die Energiekarawane sei zudem eine Option für eine aufsuchende Beratung. Konkrete, dahinterstehende Zahlen seien aber auch im Finanzausschuss nicht genannt worden. Im

Klimaschutzkonzept sei relativ vage argumentiert worden: 30 % der Hauseigentümer seien beraten worden, 10 % hätten sich beteiligt, 60 % wollten die Maßnahmen umsetzen. Deshalb stelle sich die Frage, wie viel Power könne mit der Energiekarawane mitgegeben werden, um die ganze Stadt zu erreichen und was dafür gebraucht werde. Konkrete Maßnahmen würden im Antrag der Ausschussgemeinschaft genannt. Stadtrat Dr. Meyer erläutert die Ziffern 2 und 3 des Antrages und wirbt um Unterstützung für die Änderungsanträge.

Bürgermeisterin Kleine schlägt vor, nach der ersten Energiekarawane einen Bericht vorzulegen. Außerdem sichert sie eine Prüfung zu, wie der Umstieg in die erneuerbaren Energien als GmbH vorangebracht werden könne. Deshalb empfiehlt sie, der Ziffer 3 des Antrages der FDP/JU zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass Vorbereitungen dafür getroffen würden und die Verwaltung die Schaffung einer städtischen Tochter prüfe, was allerdings zeitlich nicht bis zur Sommerpause möglich sei. Verbunden damit sei ein Thema, das Stadtrat Achhammer erwähnt habe und im Antrag der ÖDP enthalten sei: Städtische Förderprogramme. Für Solarförderung und Wärmewendeförderung müsste jährlich ein Betrag von ungefähr drei Millionen EUR eingestellt werden, um das Potential bei den Bürgerinnen und Bürgern zu aktivieren. Das Thema Bürgerbeteiligung müsse völlig neu aufgesetzt werden. In Bezug auf die Freiflächenphotovoltaik in Kombination Landwirtschaft/PV-Anlagen liege bereits ein Beschluss des Stadtrates vor. Man warte hier noch auf den Gesetzesentwurf aus dem Osterpaket der Regierung. Bürgermeisterin Kleine stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Achhammer zu, einen halbjährliche Fortschrittsbericht vorzulegen, ansonsten bleibe man beim zweijährlichen Rhythmus. Die Zweifel in Bezug auf die Gebäudesanierung teile sie. Aber es gehe allen Kommunen so. Auch nach Einschätzung des Bundes brauche es eine enorme investive Anstrengung inklusive Fachkräfteoffensive, um hier den benötigten Sprung zu schaffen.

Stadtrat Stachel zeigt auf, dass es sich heute um eine Richtungsentscheidung und um einen Startschuss für das Klimakonzept handle, was wichtig sei. Er bedankt sich für die umfangreiche und gute Ausarbeitung. Der aufgezeigte Fahrplan brauche sicherlich noch viele Haltstellen, aber ein Weg sei erkennbar. Bei vielen Unterzielen könne man uneingeschränkt mitgehen, bei manchen Dingen nicht, z. B. beim Thema Sanierungsquote oder beim ambitionierten Modal Split in der angestrebten Größenordnung. Ob das Ziel 2035 oder erst 2040 zu schaffen sei, sei nicht das große Thema. Entscheidend sei es, dass man sich auf den Weg mache und sich bemühe, das Bestmögliche zu erreichen. Zu berücksichtigen seien natürlich die Rahmenparameter, wie z. B. die Wirtschaftlichkeit. Die Freien Wähler, so Stadtrat Stachel, möchten nicht uneingeschränkt diesem Klimaschutzkonzept zustimmen, so dass folgendes Abstimmungsverhalten überlegt worden sei: Zwei Stimmen dafür und zwei Stimmen dagegen. Dabei spiegele dies nicht die persönliche Meinung des jeweiligen Mitglieds des Stadtrates wider, sondern sei nur ein Bekenntnis dafür, sich auf den Weg zu machen und Ergebnisse sehen zu wollen, aber nicht automatisch jedem Ziel zuzustimmen. Wichtig sei der FW-Stadtratsfraktion außerdem das Thema Controlling und ein engmaschiger Berichtszeitraum, gerade für die Unterziele. Im Laufe des Prozesses würden sicherlich konkrete Projekte beschlossen, um das Thema voranzutreiben. Viel Sinn mache es, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und für Akzeptanz zu sorgen. Das sei aus persönlicher Sicht das Entscheidende, um das Ziel zu schaffen. Es gehe nicht mit Gesetzen oder Verboten, sondern nur um Motivation. Eine positive Grundeinstellung sei das A und O. Den Punkt Tochtergesellschaft aus dem Antrag der FDP/JU sehe Stadtrat Stachel sehr kritisch. Nicht alles in diesem Bereich müsse unbedingt von der Stadt geleistet werden. Begleitung ja, aber es gebe am Markt Teilnehmer mit entsprechenden Geschäftsmodellen. Um das Ganze zu befördern, medial zu begleiten, für Multiplikatoren zu sorgen, brauche es nach Ansicht von Stadtrat Stachel keine Tochtergesellschaft, sondern dies könne mit städtischen Mitteln erreicht werden.

Stadtrat Schüller führt aus, dass die AfD-Stadtratsfraktion dieses Konzept sehr begrüße und darin eine gute Möglichkeit sehe, die beantragten, wichtigen Ziele anzugehen, um auch in Ingolstadt der Klimaveränderung etwas entgegenzusetzen und nach Möglichkeit eine

Klimaneutralität bis 2035 anzustreben. Es würde außerdem begrüßt werden, wenn dieses wichtige Thema nicht wieder endlos zerredet werde und schnellstmöglich mit der Umsetzung begonnen werde. Dem Konzept werde daher selbstverständlich zugestimmt.

Stadtrat Witty stellt fest, dass Stadtrat Dr. Meyer seiner Generation angehöre und dass man das Hand in Hand in Richtung 2035 schon durchstehen werde. Es sei der richtige Schritt. Die Jungen müssten zusammenhalten. Die Gründung einer Tochtergesellschaft werde von der SPD-Stadtratsfraktion kritisch gesehen. Zustimmung werde allerdings zum Vorschlag von Bürgermeisterin Kleine signalisiert, dass eine Prüfung dessen stattfindet. Seine Fraktion plädiere vor allem dafür, das Thema Gründung einer Tochtergesellschaft im Klimarat zu diskutieren, um ein Votum zu bekommen. Eins möchte seine Fraktion auf alle Fälle, dass das Thema Klimaneutralität Schwung bekomme und Beschleunigung aufnehme. Deshalb solle das Thema auch auf die Tagesordnung des Klimarates genommen werden. Ordentliche Maßnahmen wollten alle und dafür werde ein Ziel gebraucht, um der Verwaltung den Rücken zu stärken und um Schritt für Schritt mit zügigem Tempo alle vorgeschlagenen Maßnahmen abarbeiten zu können. Grundsätzlich merkt Stadtrat Witty an, dass er das Gefühl habe, dass manche meinten, man würde die Bevölkerung mit manchen Maßnahmen quälen oder dass man dafür Sorge, dass der Bevölkerung Betonbrocken vor die Füße geworfen würden, um dann darüber zu stolpern. Dieser Meinung sei er nicht, vor allem was das Thema Mobilität betreffe. Bei der Finanzierung, bei der Richtung und bei der nötigen Power werde es sicherlich Streit geben, aber er plädiert dafür, dass es im Bereich der Mobilität sehr zügig in Richtung Klimaneutralität gehe. Wenn der ÖPNV ausgebaut werde, werde die Bevölkerung sicher aber nicht gequält. Stadtrat Witty appelliert an alle, heute sei der Tag einzusteigen in Richtung 2035.

Sitzungspause

Stadträtin Leininger stellt klar, dass so ein Beschluss natürlich vor allem den Willen der Umsetzung, Personal und Geld erfordere. Das Klimaziel 2035 sei nach Ansicht der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht überambitioniert in Anbetracht der Dringlichkeit. Ingolstadt starte nicht gerade auf hohem Niveau. Sie stelle eine Diskrepanz fest zwischen dem Sich-langsam-in-Bewegung-Setzen und dem Handeln der Bevölkerung in vielen Teilen, d. h. viele Bürgerinnen und Bürger hätten schon vorher verstanden, dass etwas getan werden müsse und hätten umgedacht, z. B. Sanierung der Heizung, PV-Anlagen auf dem Dach und Maßnahmen zur Dämmung. All diese Vorhaben erzeugten allerdings große Probleme bei den Betrieben, denn die Auftragsbücher seien voll. Die Bauwirtschaft sei nicht darauf eingestellt. Allerdings halte Stadträtin Leininger die Steigerung der Sanierungsquote von drei auf vier Prozent schon für möglich. Die Forderung der jungen Generation und die Erwartungen an die Politik seien ganz klar. Wenn sie auf die Straßen gingen, machten die Jungen auch Politik. Die FDP/JU wünsche sich insgesamt mehr Verbindlichkeit und einen realistischen Zielhorizont. Dies sei nach Ansicht von Stadträtin Leininger nicht realistischer, wenn man dafür das Jahr 2040 vorgebe. Realistisch sei es, die Dringlichkeit der Situation zu sehen und dementsprechend sofort zu handeln. Im Zusatzantrag der FDP/JU sei davon die Rede, dass keine Verordnung der Klimaneutralität gewünscht werde. Dieser liberale Grundsatz stoße auf ein überwältigendes gesellschaftliches Interesse, so dass dies eine Haltung widerspiegele, die nichts bringe. Ihrer Fraktion sei klar, dass der Prozess in den nächsten Jahren immer wieder schneller, aber auch langsamer gehen könne und dass Strategien, Maßnahmen und Ziele als ständiger Prozess angepasst und verfeinert werden müssten. Eins sei ganz wichtig: Das Ziel müsse immer vor Augen sein: Ingolstadt klimaneutral 2035. Das Thema Evaluierung sei nicht nur ihren Vorrednern wichtig, sondern auch ihrer Fraktion. Der Antrag zum Klimacheck für alle relevanten Sitzungsvorlagen sei von ihrer Fraktion gestellt worden. Das Controlling, glaubt Stadträtin Leininger, bringe Motivation und verstärke sich immer gegenseitig. An Brigk und THI gewandt teilt sie mit, dass ihre Fraktion sich deshalb ein jederzeit ablesbares, datenbasiertes, wachsendes und sich selbst verfeinerndes System zur Abbildung der Entwicklung, der Veränderung und der Erreichung der Ziele wünsche. Dieses tolle Projekt

wäre sicher auch für sehr viele Kommunen in Deutschland von Interesse. Stadtrat Achhammer habe große Bauchschmerzen in Bezug auf die ganzen Unwägbarkeiten, so Stadträtin Leininger. Sie glaube auch, dass z. B. das Baurecht nicht gut aufgestellt sei und dass schnell eine Anpassung und Verfeinerung an die Gegebenheiten nötig sei. Zum Antrag der FDU/JU und dem Vorschlag einer Tochtergesellschaft teilt Stadträtin Leininger zudem mit, dass dieser Punkt natürlich herausgenommen werden müsse und erst geprüft werden sollte. Auch die Ideen und Anträge aus dem Antrag der ÖPD sprengten ihrem Gefühl nach den Rahmen. Die Behandlung im zuständigen Ausschuss, gemeinsam mit der Idee einer Tochtergesellschaft, sollte zuerst angestrebt werden.

Stadtrat Dr. Schickel möchte bei diesem Thema seine allseits bekannte Sanftmütigkeit ausnahmsweise ablegen. Er stellt fest, dass viele, die hier sitzen, das Jahr 2040 oder 2050 gar nicht mehr erreichen würden. Deshalb erlaube er sich, für seine Schüler zu sprechen und auch Herrn Stockmeier zu zitieren. Das Thema sei den Jugendlichen enorm wichtig. Ingolstadt sei nicht in der Lage, die Schutter und den Künettegraben zu lösen, mehr als fünf Bäume in der Bergbräustraße zu pflanzen (und sich dafür feiern zu lassen), aber Ingolstadt wolle klimaneutral bis 2035 werden. Seit zehn Jahren stehe ein Gerüst um das Gymnasium, das 2030 fertig saniert werden solle, seit zehn Jahren regne es am Katharinen-Gymnasium herein, es gebe keine Ladestationen an den Schulen, weil es Probleme geben könnte mit der Stromabrechnung, es gebe keine Einigung hinsichtlich eines Verkehrskonzeptes für die Innenstadt, es werde über die Donaulände gestritten, an den Schulen werden Fernseher von Kollegen weggeworfen, die gespendet werden sollten, aber erst das nötige Prozedere der Stadt Ingolstadt für Spenden durchlaufen müssten und es werde über das Bauerngerätemuseum diskutiert, als würde morgen die Welt untergehen. Die Welt gehe nach Ansicht von Stadtrat Dr. Schickel aus einem anderen Grund unter und deshalb sage er Ja zur Klimaneutralität 2035 und Ja, dass der Klimaschutz jetzt endlich nachhaltig angepackt werde. Er möchte allerdings einen klaren Projektplan, Meilensteine und die Evaluation einzelner Maßnahmen sehen, denn Klimaschutz dürfe nicht im Bürokratismus verdampfen.

Stadtrat Köstler betont, dass die ÖDP-Stadtratsgruppe einen großen Antrag gestellt habe, der das Thema weiterbringen solle. Das Thema sei wichtig und richtig angesiedelt hier im Stadtrat. Zuerst einmal sei seine Stadtratsgruppe nicht davon überzeugt, dass eine Tochtergesellschaft gegründet werden sollte, um dann sagen zu können, dass die Tochtergesellschaft den Klimawandel nicht geschafft hätte. Der Stadtrat sei dafür zuständig. Die Rolle der Stadtwerke könne diskutiert werden. Die Stadtwerke hätten eine klare Rolle in Bezug auf die Mitgestaltung der Wärme- und Energiewende. Die Vorlage der Verwaltung werde begrüßt. Der Änderungsantrag ziele darauf, mehr Ideen einzubringen und das Klimakonzept weiterzuentwickeln. Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 bedeute, bis dahin die Klimaneutralität zu erreichen, damit die 1,5 Grad Erwärmung nicht gerissen werde. Selbst das Jahr 2035 werde schon von der Weltorganisation für Meteorologie in Frage gestellt. Nach deren Einschätzung werde bis zum Jahr 2026 1,5 Grad mehr bereits erreicht, was zu mehr Hitzerekorden und Starkregenereignissen, mehr Dürren und Meeresspiegelanstieg führe. Weitere Auswirkungen seien das Schmelzen des Eises, das Artensterben an Land und im Wasser und das Sterben der Menschen natürlich, so Stadtrat Köstler. Trotz der 1,5 Grad an Steigerung werde man nicht mehr gut leben auf der Erde und die Kinder würden fragen, was wir getan hätten und würden uns an den Umsetzungsmaßnahmen und nicht an der Diskussion messen. Die Bevölkerung sei nicht so negativ eingestellt, habe man gerade gehört und deshalb sollte man sich nicht zurückziehen und sagen, es könne sich jemand beschweren, weil der Klimawandel vorwärtsgebracht werde. Vorwürfe gebe es sicherlich dafür, dass heute immer noch Projekte wie Straßenbau und Co. beschlossen würden und falsche Prioritäten gesetzt würden. Das Ziel 2035 sei, so Stadtrat Köstler abschließend, ein absolutes Muss, je schneller, umso besser.

Stadtrat Pauling geht nicht im Detail auf das Klimaschutzkonzept ein, sondern möchte über die Leitlinien sprechen und vor allem über die Diskussionen, die sowohl auf Bundesebene wie auch hier in der Kommune erlebt würden. Es sei gebremst und laviert worden und es

habe eine fehlgeleitete Marktversessenheit gegeben, die verheerend gewesen sei. Diese verheerenden Folgen seien auf dem Wohnungsmarkt und beim Pflegemangel zu sehen, aber auch bei der fortschreitenden Zerstörung unseres Ökosystems. Das wirtschaftliche Wachstum bedeute wahrscheinlich den größten volkswirtschaftlichen Schaden für unsere Spezies. Stadtrat Pauling könne es sich nur mit ideologischer Verbohrtheit erklären, wenn milliardenschwere Straßenbauprojekte, z. B. bei der B 16, vorangetrieben würden und wenn die Wirtschaft der Straßenanbindung in Umfragen Bestnoten vergebe. Es stelle sich die Frage, ob wir nicht aus Ideologie an der eigentlichen Nachfrage, an dem eigentlichen Bedürfnis vorbeigehen. Mut mache ihm bei diesen ganzen Zusammenhängen als junger Mensch, dass selbst die CSU-Stadtratsfraktion seiner Ansicht nach ihrer Verantwortung als Volkspartei gerecht werde. Nur zusammen werde der Klimawandel geschafft. Es brauche strenge Regulierung sowie auch Unternehmergeist, um Alternativen zu schaffen, die erst möglich seien, wenn der Rahmen sich durch Handlungsdruck ändere. Stadtrat Pauling ist der Meinung, dass sich ohne naheliegende Ziele, ohne Regulierung nichts ändern werde. Vor ca. zehn Jahren sei hier in der Kommunalpolitik schon über Klimaschutz gesprochen worden und jetzt erst werde ein Klimaschutzkonzept verabschiedet. Das sei spät und das werde insgesamt beim Klimaschutz so gesehen. Umso weiter die Ziele lägen, umso später werde gehandelt und umso schmerzlicher werde es. Die Wissenschaft habe eine enorme analytische Leistung vollbracht: Kein Lebewesen auf der Erde könne seine Folgen des Handelns in Jahrzehnten vorhersagen. Es helfe allerdings nichts, wenn diese Erkenntnis nicht in Taten umgesetzt werde. Es handle sich um eine enorme zivilisatorische, gesellschaftliche, aber vor allem um eine politische Leistung und Herausforderung, um die Änderung der Lebensgewohnheiten zu schaffen, bevor uns die Klimafolgen überfahren. Engagierte Ziele erzeugten Handlungsdruck, auch hier im Stadtrat, für die Stadträte als politische Entscheidungsträger. Es stelle sich wirklich die Frage, ob Investitionen in ÖPNV und Schiene nicht besser seien, als, wie vor ein paar Monaten geschehen, über millionenschwere Straßenbauprojekte im Umfang von ca. 30 Mio. EUR abzustimmen. Nur zusammen könnten Berge versetzt werden, ein Mensch alleine nicht. Stadtrat Pauling appelliert an Stadtrat Stachel, sich als Unternehmer an einer Problemlösung zu beteiligen, um das unmöglich Scheinende zu lösen. Das sei Innovation und darüber werde im Brigk häufig gesprochen. Bei diesen großen Herausforderungen entstehe auch Wertschöpfung. Aus diesem Grund würden auch Innovationen von der Landesregierung gefördert. Auch die Zementindustrie müsse umsatteln auf nachhaltiges Bauen. Mittelständler aus der Region stünden bereits in den Startlöchern, wie z. B. die Innovationsfabrik in der Niederfelder Straße, die mit Holzmodulbauweise klimaneutral und barrierefreien Wohnraum schaffe. Stadtrat Pauling wünsche sich, dass wir als Region nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern voranschreiten und Maßstäbe setzen. Ein entschlossener Aufbruch sei bedeutend für den Wirtschaftsstandort. Natürlich werde das Konflikte nach sich ziehen, weil Änderung Stress erzeuge. Wichtig dabei sei es, demokratisch zu handeln, nicht nur beim Aufstellen des Klimaschutzkonzeptes, sondern vor allem bei der Durchführung der Maßnahmen mit Beteiligung der Bevölkerung, nicht nur derer, die es sich leisten könnten. Nur so könne jeder eine politische Vertretung haben und die Last auf alle Schultern verteilt werden. Umso schneller die Energiewende vorangetrieben werde, umso schneller seien wir unabhängig von Rohstoffimporten und umso weniger würden die Bürger durch die CO₂-Steuer finanziell belastet. Rohstoffrecycling führe zu weniger Abhängigkeit von globalen Lieferketten, was gerade jetzt in Kriegszeiten wichtig sei. Stadtrat Pauling denke, dass es nicht nur eine Bürde sei, sondern durch einen engagierten Klimaschutz und Nachhaltigkeit werde Sicherheit für die Region geschaffen. Ingolstadt werde unabhängig und existiere im Einklang mit der Umwelt. Er hoffe, dass man gemeinsam vorangehe, denn es brauche einen gemeinsamen Schulterschluss und zwar heute und nicht morgen. Stadtrat Pauling erörtert anschließend den Ergänzungsantrag der Linken. Ein Projektfond, der den Klimarat verwalten solle, sei eine Frage der zivilgesellschaftlichen Einbindung, denn die Verwaltung alleine schaffe es nicht. Bekannt sei, dass es Bewusstseins- und Umweltbildung brauche. Vor Ort gebe es sehr starke Initiativen, die diese Kompetenzen hätten und die sehr viel ehrenamtliche Arbeit hineinstecken. Durch Geldmittel könne dieses Engagement multipliziert und ein Mehrwert

geschaffen werden. Aus diesem Grund würde sich Stadtrat Pauling auch hier über ein positives Votum freuen, um die Zivilgesellschaft einzubinden.

Stadtrat Höbusch stellt fest, dass jeder der Vorredner mit bestem Wissen und Wollen Vorschläge eingebracht habe. Außerdem seien viele Einzelaspekte gezeigt worden. Ihm sei wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden. Die Jugend erwarte, dass der Stadtrat ein starkes Signal sende und nicht nur über einzelne Maßnahmen diskutiere. Das sei ein längerer Prozess, der bei jeder Haushaltsberatung in dieser Legislaturperiode diskutiert werde. Jetzt diskutiere man bereits über zwei Stunden über diverse Maßnahmen. Stadtrat Höbusch appelliert an seine Kolleginnen und Kollegen, ein Signal an die Bürgerschaft, an die Jugend zu schicken, dass das Thema nun angepackt werde.

Man sei sich in der Zielsetzung absolut einig, denkt Stadtrat Wittmann. Auch ihm könne es nicht schnell genug gehen. 2035 sei das anvisierte Ziel. Er hätte heute viele Beiträge zum Thema Klimaschutz und Klimaneutralität bringen können, aber in Anbetracht der Zeit werde ihm jeder nachsehen, dass er dies nicht tue. Er stellt aber den Antrag, dass im Herbst für dieses wichtige Thema eine Sondersitzung des Stadtrates anberaumt werde, um sich gezielt damit auseinanderzusetzen. An Stadtrat Pauling gewandt müsste dann aber die Ideologie heraus und faktenbezogene Politik gemacht und konkrete Maßnahmen beschlossen werden, so Stadtrat Wittmann. Heute werde ein Signal gezeigt, aber damit komme man nicht weiter. Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt gebe es eine Vorlage, wo es um die Effizienzsanierung von städtischen Gebäuden gehe. Anhand dieses Beispiels möchte Stadtrat Wittmann klarmachen, wie schwierig das Thema sei. Man habe über 600 Gebäude, die auf Energieeffizienzklasse 70 saniert werden sollen oder neu gebaut mit Energieeffizienzklasse 40. Dies bedeute, dass bis zum Jahr 2035 im Jahr 50 Gebäude saniert oder neu gebaut werden müssten. Stadtrat Wittmann gebe sich nicht damit zufrieden, dass CO₂-Zertifikate gekauft werden oder man sich an einer Off-shore-Windanlage in der Nordsee beteilige. Wenn es nicht gelinge, bis zum Jahr 2050 CO₂-neutral zu werden, gehe die Kurve steil nach oben und Milliarden von Menschen auf diesem Planeten könnten nicht mehr überleben. Die Zeit dränge, deswegen sollte sich der Stadtrat mit diesem Thema mehr beschäftigen, als mit jedem anderen in der Stadt. Zur Besprechung dieser Themen bittet er deshalb um eine Sondersitzung im Herbst mit halbjährlicher Berichterstattung über die konkreten Maßnahmen, die eingeleitet worden seien.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass in Anbetracht der Signale, die sie aus der CSU bekomme und in Anbetracht dieser deutlichen Einschätzung, die Stabsstelle Klima personell künftig deutlich anders ausgestattet werden könne. Sie sei der Meinung gewesen, dass sie die Mitglieder des Stadtrates erst einmal Schritt für Schritt davon überzeugen müsse, dieses Klimaziel mitzutragen. Des Weiteren sehe sie, dass echte Transformation damit verbunden sei, also wirkliche Veränderungen im Handeln und dass zusätzlich mit diesem Antrag die Verwaltung in die Pflicht genommen werde, dieses Ziel im täglichen Handeln anzustreben und einzuhalten. Jedem, von der Wirtschaftsförderung bis zur Kultur, sei heute noch einmal deutlich bewusst geworden, dass alle das Ziel aktiv anstreben müssten. Eine Sondersitzung im Herbst könne sie noch nicht zusagen, denn es gebe zuerst den Punkt „Klimaneutrale Verwaltung 2030“. Um dieses Ziel erreichen zu können, müsse zunächst die Treibhausgasbilanz und ggf. das herausfordernde Paket an Handlungsfeldern vorgestellt werden. Bürgermeisterin Kleine bedankt sich für die Unterstützung und für die Ermutigung, die nicht nur sie, sondern alle Kolleginnen und Kollegen bräuchten. Die Herausforderungen seien enorm, dessen müsse man sich bewusst sein. Es werde nicht nur im Herbst oder Frühjahr gesprochen, im Grunde genommen werde in jeder Sitzung die Frage Klimaschutz und -anpassung bearbeitet werden müssen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fasst zusammen, dass an geeigneter Stelle eine Sondersitzung stattfinden werde. Der richtige Zeitpunkt werde von der Verwaltung geprüft.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 19.05.2022 (V0425/22):

Gegen 4 Stimmen abgelehnt:

1.) Die Klimaneutralität der Stadt Ingolstadt wird bis 2040 angestrebt.

Mit allen Stimmen:

2.) Die Verwaltung wird beauftragt, gezielt diejenigen Maßnahmen zu eruieren, herauszustellen und zu stärken, die das effizienteste Verhältnis von Wirkung und Wirtschaftlichkeit aufweisen.

Gegen 3 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt mit der Maßgabe, dass der Antrag in einen Prüfantrag umgewandelt wird und die Verwaltung die Einrichtung einer Tochtergesellschaft prüft und entsprechend darstellt.

- 3.) Gebäude und Energie: Die Verwaltung bereitet die Einrichtung einer Tochter „Energiewende-IN“ vor.
- a. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung der privaten energetischen Gebäudesanierung (Steigerung der Nachfrage, Steuerung und Unterstützung der Umsetzung).
 - b. Für einen signifikanten Fortschritt bei der THG-Einsparung wird anstelle einer Ausweitung der Stabsstellen die „Energiewende-IN“ mit zunächst vier Stellen ausgestattet (Geschäftsführung mit Netzwerkaufgaben sowie Fachkräfte und Experten für energetische Gebäudesanierung).
 - c. Bei der „Energiewende-IN“ kann zudem die Steuerung der angedachten Klimaschutz- und Energieagentur angesiedelt werden.
 - d. Die „Energiewende-IN“ eruiert und bündelt verfügbare Dachflächenpotenziale für Solar und PV auf öffentlichen und privaten Gebäuden und bietet sie privaten (genossenschaftlichen) Betreibern bzw. Betreibergesellschaften an.

Gegen 4 Stimmen abgelehnt:

4.) Die Stadt Ingolstadt fordert den Bundeswirtschaftsminister auf, das KfW- Förderregime schnellstmöglich so auszugestalten, dass private Anstrengungen in die Gebäudesanierung und energieeffiziente Neubauten unterstützt werden.

Diskussion zu Ziffer 5:

Frau Wittmann-Brand stellt fest, dass es in der nächsten Sitzung eine Vorlage zum Thema Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes mit entsprechendem Antrag geben werde.

Stadtrat Dr. Meyer betont, dass er eine Evaluierung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets in Ingolstadt schon gerne hätte, da dies für die weitere Debatte über die Stärkung des ÖPNV von extremer, entscheidender Bedeutung sein werde. Es gebe bundesweite Evaluierungen zu diesem Thema.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt nach, ob der Wunsch von Stadtrat Dr. Meyer aufgenommen werden könne.

Bürgermeisterin Kleine bittet um Zurückstellung, bis Herr Dr. Frank im nicht öffentlichen Teil der Sitzung anwesend sei und darüber berichten könne.

Stadtrat Schäuble ist der Meinung, dass es nicht nur die INVG betreffe, sondern auch die Bahnverbindungen, für die das 9-Euro-Ticket auch gelte. Entsprechende Zahlen lägen vor

und die lokalen Daten mit den Auswirkungen auf die Region Ingolstadt und auf den ÖPNV müssten eben beschaffen werden.

Bürgermeisterin Kleine stellt klar, dass es rein um einen kollegialen Umgang gehe, den sie gerne pflegen möchte. Nachdem Herr Dr. Frank ohnehin im nicht öffentlichen Teil der Sitzung anwesend sei, könne er gleich Auskunft darüber geben, in welchem Rahmen evaluiert werde.

Prof. Dr. Rosenfeld ergänzt, dass in der Stellungnahme zum Antrag der ÖDP bereits stehe, dass die Einführung des 9-Euro-Tickets vom Bund und von den Ländern, wissenschaftlich begleitet werde und die INVG sich selbstverständlich an dieser Evaluierung beteilige. Auf Herrn Dr. Frank zu warten, sei aber sicherlich gut.

Das sei mit Herrn Dr. Frank so vereinbart worden, dass bei Fragen diese gesondert noch beantwortet würden, so Bürgermeisterin Kleine.

Ziffer 5 wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt:

5.) Mobilität und Verkehr: Das Verkehrskonzept ist grundlegend zu überarbeiten und nach Nutzen-Kosten-Relation aufzustellen. Erfahrungswerte aus der Laufzeit des geplanten 9-Euro-Tickets müssen ebenso einfließen wie die Ergebnisse der vertieften Haushaltsbefragung („MiD2023“) zur Mobilität in Ingolstadt.

Es wird auf den Antrag der Verwaltung verwiesen:

6.) Die Aufgaben eines Klimarates sind noch gänzlich unklar und sollen vor einer Entscheidung über die Einrichtung präzisiert werden.

Änderungsantrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 30.05.2022 (V0455/22):

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass die Beschlussvorlage zunächst um eine Ziffer 10 ergänzt werden solle: Vorläufige Grobanalyse und Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise.

Bürgermeisterin Kleine stellt fest, dass mit Stadtrat Köstler vereinbart worden sei, dass die Einzelanträge sukzessive im Rahmen der Klimamaßnahmen umgesetzt würden bzw. dazu Stellung genommen werde. Ziffer 1 verstehe sich von selbst.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zeigt auf, dass eine Stellungnahme zu Ziffer 3 der Beschlussvorlage der Verwaltung ohnehin komme. Da der Änderungsantrag erst am 30.05.2022 eingegangen sei, sollten die Fraktionen und Gruppierungen die Möglichkeit bekommen, sich mit den einzelnen Punkten noch ausführlicher zu beschäftigen. In Bezug auf Ziffer 5 des Änderungsantrages habe man sich bereits geeinigt, dass ein Zwischenstand halbjährlich vorgelegt werde und eine Bilanz alle zwei Jahre gezogen werde. Eine Abstimmung sei deshalb nicht nötig.

Die vorgeschlagene Vorgehensweise findet die Zustimmung der Antragsteller.

Ergänzungsantrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 31.05.2022 (V0470/22):

Der Ergänzungsantrag wird im Rahmen der Konzeptentwicklung für den Klimarat aufgenommen. Eine Prüfung wird zugesagt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0321/22):

Gegen 4 Stimmen:

2. Die Klimaneutralität der Stadt Ingolstadt wird für das Jahr 2035 angestrebt.

Gegen 2 Stimmen:

1. Die Stadt Ingolstadt leistet als Kommune ihren Beitrag, den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, dazu wurde das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) entwickelt. Der Stadtrat nimmt das IKSK zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen der folgenden Handlungsfelder des Klimaschutzfahrplans umzusetzen, beginnend mit den genannten Sofortmaßnahmen:
3.1 Gebäude und Energie: Intensivierung der Energiekarawane
3.2 Mobilität und Verkehr: Umsetzung des Elektromobilitätskonzepts
3.3 Wirtschaft und Industrie: Gründung einer regionalen Klimaschutz- und Energieagentur
3.4 Private Haushalte und Konsum: Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Bioquote und des Anteils regionaler Erzeugnisse sowie dauerhafte Mitgliedschaft der Stadt Ingolstadt im bundesweiten Netzwerk der Bio-Städte sowie im Verein Bio-Städte e.V.

Die weiteren Maßnahmen werden entsprechend der jeweils zu beschließenden Personal- und Haushaltsmittel umgesetzt.

4. In der Stabsstelle Strategien Klima, Biodiversität und Donau wird zur Umsetzung des IKSK eine Planstelle im Umfang von 1,0 VZÄ in EG 11/A 12 geschaffen und im Rahmen des Beschlusses zum Nachtragshaushalt 2022 im Stellenplan 2022 ausgewiesen. Zudem werden die beiden in der Stabsstelle vorhandenen 0,5 VZÄ in EG 6 und A 12 zum regulären Stellenplan 2023 auf 1,0 VZÄ aufgestockt.
5. Die Stabsstelle Klima wird mit dem begleitenden Klimaschutz-Controlling-Konzept beauftragt und berichtet dem Stadtrat in zweijährlichem Abstand.
6. Zur Umsetzung der Klimaschutzziele wird in der Verwaltung in jedem Referat sowie bei den Beteiligungsgesellschaften ein/e Klimaschutzbeauftragte/r benannt, der/die zugleich Ansprechpartner/in für die Stabsstelle Nachhaltigkeit ist.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Klimarat vorzubereiten und dafür ein Konzept zu entwickeln.
8. Ein Klimacheck ist für alle relevanten Stadtratsvorlagen durchzuführen und ist Bestandteil der geplanten Nachhaltigkeitseinschätzung.
9. Für das Haushaltsjahr 2023 werden Mittel i. H. v. 230.000 Euro auf der HHSt. 360400.600300 bereitgestellt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass es im Nachgang zum Tagesordnungspunkt 4 noch eine Frage an Herrn Dr. Frank bezüglich der INVG gebe.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass im Rahmen der Diskussion zum Klimaschutzkonzept eine Frage zur Evaluierung des 9-Euro-Tickets aufgekommen sei. Diese könne Stadtrat Schäuble jetzt noch einmal konkret an Herrn Dr. Frank stellen.

Stadtrat Schäuble möchte wissen, ob die INVG nach dem Auslaufen des 9-Euro-Tickets die daraus resultierenden Auswirkungen darstellen könne.

Herr Dr. Frank stimmt der Bitte, nach einer Darstellung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets zu.